

Rechte Netzwerke

Zu: „Harte Strafe für Drohschreiben gefordert“, FR-Region vom 25. Oktober

Wen oder was deckt die Staatsanwaltschaft? Das ist wahrscheinlich die für viele Leser bleibende Frage, da im Verfahren zum „NSU 2.0“ festgestellt wurde, dass der Beschuldigte allein gehandelt haben soll. Wahrscheinlich geht bei vielen Menschen mittlerweile die Sorge um, dass sich auch innerhalb der Justiz rechte Netzwerke breitmachen. Oder wird in diesem Fall die Justiz gar unter Druck gesetzt?

Rolf Lang, Heusenstamm

Kasseler Plakatkunst

Hans Leistikow: „Ein Mann der tausend Talente“, FR-Region vom 11. Oktober

Dem frankfurtfixierten Artikel über Hans Leistikow hätte es keinen Abbruch getan zu erwähnen, dass der Künstler auch Professor an einer Kunsthochschule war – in Kassel. Kurz nach Kriegsende wurde er dort als Leiter der Grafik-Klasse an die neu gegründete „Werkakademie“ berufen. Wo documenta-Gründer Arnold Bode, der abstrakte Maler Fritz Winter und der Landschaftsarchitekt Hermann Mattern zu seinen Kollegen zählten.

Einer von Leistikows bedeutendsten Schülern – und sein Nachfolger – war Hans Hillmann, bei dem wiederum Gunter Rambow studierte, auch er später Professor in Kassel. Drei Namen, die den Mythos der „Kasseler Schule der Plakatkunst“ begründeten. Zum Trost für Lokalpatrioten: Alle drei hatten ihren ersten Wohnsitz in Frankfurt.

Heiner Georgsdorf, Frankfurt

Auf dem falschen Weg

Zu: „Frankfurt wird nachts dunkler“, FR-Region vom 11. Oktober

Dass die Stadt Frankfurt sich bemüht, Energie zu sparen, ist an sich eine gute Sache, vor allem in der Straßenbeleuchtung. Als ich jedoch las, dass man nun auch noch prüft, die Straßenbahn (noch) langsamer fahren zu lassen, habe ich das erst für einen Aprilscherz gehalten.

Da schafft man es seit Jahrzehnten und selbst in der herrschenden Energiekrise nicht, auf Bundesebene ein Tempolimit für die Energie-Großverschwender, die Autos, einzuführen, und prüft stattdessen auf kommunaler Ebene die im Vergleich äußerst umweltfreundliche Tram-Bahn zu bremsen bzw. durch Manipulation der Klimaanlage unattraktiver zu machen. Das ist wirklich der falsche Weg!

Bertram Hock, Oberursel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221031

Abstoßende Bierzeldemagogie

Frankfurt: „Bierdeckel gegen Feldmann“ und „Feldmann weist Vorwürfe von sich“, FR-Region vom 10. und 28. Oktober

Unschuldig bis zum Beweis des Gegenteils

Der Vorwurf an die Presse allgemein, dass sie mehr über Personen berichtet als über deren Inhalte, ist berechtigt, wenn man die umfangreichen Berichte über die Abwahl des Oberbürgermeisters ständig und seitenlang präsentiert bekommt. Wäre es nicht auch sinnvoll zu recherchieren, wer die Anzeigen und wann, nämlich immer kurz vor wichtigen Terminen, erhoben hat? Und welche Rolle die Staatsanwaltschaft als Zuträger spielt? Selbst bei Anzeigen bei Blechschäden an Autos, die übrigens abgewiesen wurden. Gelten für Politiker nicht die gleichen Unschuldsvermutungen wie bei allen Bürgern? Die Presse sollte sich nicht zum Büttel von Profilneurotikern machen lassen.

Konrad Mohrmann, Frankfurt

Was sich in Frankfurt abspielt, ist unerträglich

„Stillschweigende Übereinkunft“ soll es gegeben haben, so in der Anklage der Staatsanwaltschaft gegen OB Peter Feldmann. Wer die Hatz auf Feldmann seit Jahren in der Frankfurter Presse verfolgt und jetzt seine Abwahl betreibt, muss sich schon fragen lassen, mit welchen Gehässigkeiten man Feldmann noch mobben will.

Es ist langsam unerträglich, was sich in Frankfurt abspielt. Da wird der Elternbeirat instrumentalisiert, die Grünen ziehen durch die Kneipen mit Bierdeckeln (!), da werden diffamierende Plakate aufgehängt, die an schlimme Zeiten der Weimarer Republik erinnern, als man den Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD) übelst verfolgt und gehetzt hat. Da kann ich nur sagen: Peinlich.

Und zu den Grünen: Na dann Prost in den Kneipen! Alles

nur abstoßend! Dass jetzt herausgekommen ist, dass eine Oberstaatsanwältin mit dem vorsitzenden Richter verheiratet ist, macht die Sache nicht besser!

Hans-Egon Heinz, Hanau

Am Fall Feldmann scheiden sich Spreu und Weizen

Oberbürgermeister Feldmann und die rechte Mehrheit der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, die zunehmend die Züge einer putinschen Stadtduma annimmt, werden sicherlich keine Freunde mehr. Sie sollten es auch nicht anstreben. Denn an der Causa Feldmann scheiden sich Spreu und Weizen. Konkret die Parteien, deren Demokratieverständnis lediglich Etikettenschwindel ist, und jene, die sich bemühen, die Demokratie mit Geist und Tat zu füllen.

Die Wortmeldungen des Volt-Fraktionschefs Martin Huber („Was haben eigentlich die Linke & Co gegen Demokratie?“) und des „Die Fraktion“-Chefs Nico Wehnmann (es sei problematisch, wenn Koalition, CDU „und alle Fans des Dritten Reichs“ ein gemeinsames Ziel hätten) belegen das Grundsätzliche des Konflikts. Jutta Ditfurths Feststellung: „Nazi-Parteien sind Nazi-Parteien“ trifft den Kern.

Es gibt auch in Frankfurt noch Bürger, die sich an eine Quelle der grünen Bewegung erinnern können, nämlich an die rechtsnationale „Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher“, die sich im Frühjahr 1980 zu Gunsten der Grünen auflöste und damit auch einen Zuzug ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die Ökopaartei ermöglichte. Zu nennen sind hier vor allem August Haußleiter, ehemals Mitglied der Reichsleitung der Hitler-Jugend und Herausgeber des HJ-Schulungsbriefes „Wille und Macht“, sowie der Ökolandwirt und Holocaust-Leugner Baldur Springmann.

Die Bierdeckel-Propaganda, mit der die Frankfurter Grünen Stimmung machen für die Abwahl Peter Feldmanns, passt haargenau zur Bierzelt-Demagogie von NSDAP, NPD, CSU und AfD.

Die Debatte um die von Peter Feldmann verfolgte Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Hauptstadt Kiew ist ein Musterbeispiel für Formalismus, der faschistoide Züge angenommen hat. Denn ob eine solche Partnerschaft erst nach dem Ende des Kriegs angestrebt werden soll oder ob sie gerade jetzt ein besonders deutliches Zeichen der Solidarität mit dem geschundenen Volk der Ukraine sein könnte, ist letztlich keine Formalie, sondern sie sollte eine Wesensäußerung der Demokratie sein. Sie wäre ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit der Absicht. Doch damit tut sich die Front der Heuchler schwer.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Ein miserables Vorbild für die junge Generation

Die Parteien haben sich alle selbst disqualifiziert. Diese Hexenjagd gegen Feldmann ist auf der untersten Schiene angelangt. Das Schlimmste dabei: Es ist den Parteien nicht mal bewusst oder gar peinlich. Merken die denn nicht, vor welchen Karren sie sich spannen lassen? Besonders die SPD hat sich nicht mit Ruhm bekleckert.

Eine Unschuldsvermutung für Herrn Feldmann hat es nie gegeben. Die Opposition hat gleich zum Halali geblasen, und schon flog der Dreck aus allen Ecken, auch von größeren Schmutzhaufen. Das hat mit Demokratie nichts zu tun.

Ich sehe schwarz für die Demokratie in diesem Land angesichts dieses miserablen Beispiels für die junge Generation.

Ursula Samman, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/ob-abwahl

Wie sollen wir unseren Kindern diesen Kahlschlag erklären?

Fechenheimer Wald: „Besetzung soll die Rodung verzögern“ und „Keine Sorge wegen Käfern“, FR-Region vom 26. und 20. Oktober

Die Abholzung ist schändlich und schädlich

Es ist ein Hohn, wenn sich viele engagierte Bürger für jeden Baum und Strauch und alle anderen brisanten Umweltthemen einsetzen und im gleichen Atemzug 2,7 Hektar bestehender Wald abgeholzt werden soll. Das ist so schändlich und schädlich! Wie kann man nur eine Entscheidung, die vor vielen Jahren getroffen wurde und die seit Jahren heftig diskutiert wird, heute noch umsetzen? Wie wollen wir unseren Kindern erklären, dass man ihnen den Wald wegnimmt, in dem sie mit ihren Eltern spazieren gehen? Einige Ersatzpflanzungen können keinesfalls die alten Bäume und den intakten Wald mit Farnen, Moosen, mit Vögeln, Insekten, Pilzen, Tieren ersetzen. Es dauert Jahre, bis ein Baum die gleiche Wirkung hat

wie der abgeholzte. Wie viele Bäume im Fechenheimer Wald stehen, das sollte man zählen und gegenrechnen. Die Bilanz wäre grauenhaft. Über die Herstellkosten des Tunnels in diesen Zeiten darf man gar nicht nachdenken.

Ute Wittich, Frankfurt

Zusätzlicher Lärm für mindestens neun Jahre

Der grüne Ruf nach einer Schonfrist für den Fechenheimer Wald richtet sich weder gegen die Autobahn noch berührt er den Koalitionsvertrag im Römer. Bei dem dringend nötigen Moratorium geht es um den Erhalt ökologisch besonders hochwertigen Waldes mit teils streng geschützten Arten, bis – nach dem laufenden Planänderungsverfahren zum Lärmschutz und darauf folgenden Klageverfahren – überhaupt Rechtssicherheit für den

Bau des Riederwaldtunnels und seine Inbetriebnahme besteht. Ebenfalls muss ein Rodungsmoratorium den Wald solange schützen, bis eine Finanzierung des Milliardenprojekts gesichert ist, die einen zügigen Bau erlaubt. Auch diese grüne Forderung verstößt nicht nur nicht gegen den Koalitionsvertrag, sondern kann sogar zu einer früheren Komplettfinanzierung des Vorhabens führen. Aber klar: Selbst ein zügiger Bau belastet den Frankfurter Osten zusätzlich durch Lärm und Schadstoffe für mindestens neun Jahre, und natürlich läßt ein Aussetzen der Rodung den Bund dazu ein, das Projekt rechtlich und politisch neu zu bewerten. Es ist die zu erwartende Blamage, was die CDU so empört und die SPD und FDP den Grünen jetzt als Koalitionsbruch vorwerfen: So nehmen selbst nach den Prognosen die in der Stadt zu

verkräftenden Verkehrsmengen durch den geplanten Lückenschluss zu, nicht ab. Auch gibt es sehr wohl sofort umsetzbare Alternativen zum Riederwaldtunnel, die nicht nur den Frankfurter Osten wirksam entlasten. So reicht schon eine einfache Pfortnerampel am Enkheimer Ende der A66, um die täglichen Staus wie im Erlenbruch auf die Autobahn zurückzuverlagern. Das kostet eine Milliarde Euro weniger als deren Ausbau, der das Problem der Anwohner nur noch verschärft. Um auch das Problem der Autofahrer zu lösen, können bei einer solchen – tatsächlichen – Entlastung der Anwohner die angeblich auch von Mansoori favorisierten Alternativen für den Moloch Riederwaldtunnel, wie das Verlagern des Straßenverkehrs auf die Schiene, endlich angegangen werden.

Mark Jehner, Frankfurt